

Niederschrift

über die 5. öffentliche Sitzung des Gemeinderates Hinterweidenthal

Sitzungstag:	28.01.2010
Sitzungsort:	Sitzungssaal im Rathaus
Sitzungsdauer:	19.30 Uhr bis 21.00 Uhr
Anwesend:	
Vorsitzende:	Barbara Schenk, Ortsbürgermeisterin (ohne Mandat)
Ratsmitglieder:	Stilgenbauer Alfred (1. Ortsbeigeordneter) Disque Helmut (2. Ortsbeigeordneter) Schenk Roland Dorst Rosemarie Schenk Monice Draxl Andreas Kustes Heiko Schary Manfred Meyer Siegfried Schäfer Hans-Werner Weis Thomas Buchmann Peter Greiner Stefan
Entschuldigt gefehlt:	Riede Rolf Stein Fritz Dr. Kuhn Dietmar

Schriftführerin: Petra Ernst, Verwaltungsfachwirtin

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden, darunter auch die Herren von der Presse.

Anschließend traf sie folgende Feststellungen:

a) Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß.

b) Der Gemeinderat ist beschlussfähig.

c) Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung vom 12.11.2009 ging den Ratsmitgliedern zu. Anschließend verlas die Vorsitzende die Einwendungen der CDU-Fraktion gegen die Niederschrift gemäß dem Schreiben vom 10.01.2010, das dieser Niederschrift beiliegt.

Man einigte sich auf folgende Änderungen bzw. Ergänzungen der Niederschrift vom 12.11.2009 (4. Sitzung des Gemeinderates):

Ratsmitglied Hans Werner Schäfer wird als entschuldigt eingetragen (Punkt 1 des Schreibens)

Die schriftliche Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Doppelhaushalt 2009-2010, die erst mit Schreiben vom 10.01.2010 eintraf, wird der heutigen Niederschrift als Anlage beigelegt (Punkt 2 a des Schreibens).

Die Anträge zu TOP 6 und 7 lagen der Einladung zur Ratssitzung am 12.11.2009 bereits bei (Punkt 2 b und 2 c des Schreibens), so dass keine Änderungen notwendig waren. Die übrigen Punkte konnten ausgeräumt werden, insbesondere einigte man sich auf eine eingehende Informationsweitergabe gegenüber dem CDU-Fraktionsvorsitzenden.

Der Gemeinderat beschloss die o. g. Vorgehensweise.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
2. Informationen der Vorsitzenden
3. Einwohnerfragestunde
4. Jahresrechnung 2008
 - a) Bericht über die Rechnungsprüfung
 - b) Beschluss über die Jahresrechnung
 - c) Erteilung der Entlastung
5. Änderung der Hauptsatzung
6. Festlegung der Zeitung für öffentliche Bekanntmachungen
7. Änderung der Friedhofssatzung
8. Nachwahl zu folgenden Ausschüssen
 - a) Haupt- und Finanzausschuss
 - b) Forst- und Umweltausschuss
9. Wahl der Mitglieder für den Ausschuss Jugend und Familie
10. Teilnahme am Wettbewerb „Familienfreundliche Gemeinden im Landkreis Südwestpfalz“
11. Verschiedenes
12. Verabschiedung der ausgeschiedenen Ratsmitglieder

Öffentliche Sitzung

Die Vorsitzende erklärte auf Nachfrage von Manfred Schary den CDU Antrag „Spielplatz Windschlegel“ zuerst im neu zu wählenden Ausschuss behandeln zu wollen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Gemeinderat dem verstorbenen Ratsmitglied Helmut Burkhart.

1. Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes

Herr Stefan Greiner wurde von der Vorsitzenden per Handschlag als neues Ratsmitglied verpflichtet. Die Niederschrift über die in öffentlicher Sitzung stattgefundenen Verpflichtung liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Informationen der Vorsitzenden

a) Am Samstag, den 06.02.2010 um 09.30 Uhr findet eine Begehung der Grundschule durch den Gemeinderat und den Bauausschuss statt.

b) Die nächste Sitzung des Forst- und Umweltausschusses findet voraussichtlich am Montag, den 22.02.2010 um 19.00 Uhr statt.

c) Das nächste Ortsbürgermeisterdienstgespräch findet am 08.02.2010 um 18.00 Uhr statt. Hierzu sind auch die Ratsmitglieder von Ortsbürgermeisterin Schenk eingeladen. Thema: DSL-Breitbandversorgung.

d) Weiter ist ein „Tag der offenen Tür“ der neu gestalteten Grundschule geplant, an dem alle interessierten Bürger und Eltern den fertigen Trakt in Augenschein nehmen können. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben.

e) Am 18.02.2010 um 19.30 Uhr findet voraussichtlich die erste Sitzung des Ausschuss Jugend und Familie statt.

f) Genehmigung des Haushaltsplanes

Die Vorsitzende informierte, dass die Genehmigung der Kreisverwaltung zum Haushalt vorliegt. Diese wird unter Auflagen erteilt, u.a. die Erhöhung der Friedhofsgebühren. Die einzelnen Punkte werden noch mit der Verwaltung besprochen.

g Erlebnispark Teufelstisch

Die Ortsbürgermeisterin informierte, dass sie ein Betreiberkonzept für den Erlebnispark mit verschiedenen Möglichkeiten aufgestellt habe, das sie dann gemeinsam mit den Fraktionen ausarbeiten möchte.

3. Einwohnerfragestunde

Beleuchtung und Begehrbarkeit des Weges von der B 10 zum Bahnhof

In der Einwohnerfragestunde bemängelten zwei Einwohner den Zustand des Weges von der B 10 zum Bahnhof. Dieser sei extrem glatt, dunkel und es lägen Bäume über dem Weg. Die Ortsbürgermeisterin entgegnete, dass das Grundstück von der B 10 zum „Zickzackpfad“ wie auch der Pfad nicht der Gemeinde gehören, sondern größtenteils dem Landesbetrieb Mobilität (LBM). Auch die Beleuchtung sei Aufgabe des LBM. Der „Zickzackpfad“ selbst sei beleuchtet (wobei die Gemeinde die Kosten trägt) und wird von der Gemeinde soweit wie möglich in einem begehrbaren Zustand gehalten. Die Ortsbürgermeisterin hat wegen der Angelegenheit schon mehrmals mit der LBM gesprochen.

4. Jahresrechnung 2008

- a) Bericht über die Rechnungsprüfung**
- b) Beschluss über die Jahresrechnung**
- c) Erteilung der Entlastung**

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat die Jahresrechnung am 01.12.2009 geprüft. Die stellvertretende Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Ratsmitglied Rosemarie Dorst, informierte in der Sitzung über das Ergebnis.

a) Bericht über die Rechnungsprüfung

Bei der Prüfung der Jahresrechnung wurde festgestellt, dass der Haushaltsplan eingehalten wurde, bei den Einnahmen und Ausgaben nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren worden ist, die Verwaltung zweckmäßig und wirtschaftlich geführt wurde. Die Belege wurden im Stichprobenverfahren geprüft, wobei Mängel hinsichtlich der sachlichen und rechnerischen Begründung der Einnahmen und Ausgaben nicht festgestellt werden konnten.

b) Beschlussfassung über die Jahresrechnung

Der Rechnungsprüfungsausschuss schlägt dem Gemeinderat vor, wie folgt zu schließen:

Soweit über- und außerplanmäßige Ausgaben entstanden sind, für die keine Genehmigungen durch den Ortsgemeinderat vorlagen, werden diese nachträglich erteilt. Dem Ortsbürgermeister und den Ortsbeigeordneten wird gemäß § 114 GemO Entlastung erteilt. Dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde und den Beigeordneten wird ebenfalls gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 114 GemO Entlastung erteilt. Die Jahresrechnung 2008 wird beschlossen.

c) Erteilung der Entlastung

Der Ortsbeigeordnete Helmut Disque stellte den Antrag hierüber abzustimmen und die Entlastung zu erteilen.
Dem Antrag wird stattgegeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkung:

Ortsbürgermeisterin Schenk, Ortsbeigeordneter Alfred Stilgenbauer und der ehemalige Ortsbeigeordnete Siegfried Meyer nahmen wegen Sonderinteresse an der Beratung und Abstimmung nicht teil. Den Vorsitz führte gemäß § 36 Abs. 1 GemO der Ortsbeigeordnete Helmut Disque.

5. Änderung der Hauptsatzung

Im Zuge der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinien ist es erforderlich, die Hauptsatzung zu ändern. Betroffen hiervon ist § 1 der Hauptsatzung.

§ 1 „Öffentliche Bekanntmachungen, Bekanntgaben“ wird wie folgt geändert:

Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde erfolgen in der Zeitung. Der Gemeinderat entscheidet durch Beschluss, in welcher Zeitung die Bekanntmachungen erfolgen; der Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen.

Abs. 4 erhält folgende Fassung:

(4) Dringliche Sitzungen im Sinne von § 8 Abs. 4 DVO zu § 27 GemO des Gemeinderates oder eines Ausschusses werden abweichend von Absatz 1 in der durch den Gemeinderat durch Beschluss bestimmten Zeitung bekannt gemacht, sofern eine rechtzeitige Bekanntmachung in dem in Absatz 1 Satz 1 bestimmten Bekanntmachungsorgan nicht möglich ist. Der Gemeinderat entscheidet durch Beschluss in welcher Zeitung die Bekanntmachungen erfolgen; der Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen.

Die Änderungen sollen rückwirkend zum 27. Dezember 2009 in Kraft treten. Eine Änderungssatzung war der Einladung zur Sitzung beigelegt.

Beschluss: Die beiliegende Änderungssatzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

6. Festlegung der Zeitung für öffentliche Bekanntmachungen

Durch die Änderung der Hauptsatzung sind die Zeitungen für öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde durch Beschluss festzulegen. Bisher wurden die öffentlichen Bekanntmachungen im Wochenblatt „Hauensteiner Bote“ und dringliche Sitzungen in der Rheinpfalz, Pirmasenser Rundschau, veröffentlicht. Diese Regelung soll so beibehalten werden. Es sind folgende Beschlüsse zu fassen:

Zu Abs. 1 der Hauptsatzung:

Öffentliche Bekanntmachungen der Ortsgemeinde erfolgen im Wochenblatt „Hauensteiner Bote“.

Zu Abs. 4 der Hauptsatzung:

(4) Dringliche Sitzungen im Sinne von § 8 Abs. 4 DVO zu § 27 GemO des Gemeinderates oder eines Ausschusses werden abweichend von Absatz 1 in der

Rheinpfalz, Pirmasenser Rundschau

bekannt gemacht, sofern eine rechtzeitige Bekanntmachung in dem in Absatz 1 Satz 1 bestimmten Bekanntmachungsorgan nicht möglich ist.

Beschluss: Die beiliegende Änderungssatzung wird beschlossen.
Abstimmungsergebnis: einstimmig.

7. Änderung der Friedhofssatzung

Im Zuge der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinien wird eine Änderung der Friedhofssatzung notwendig. Betroffen hiervon sind die §§ 5 und 6 der Friedhofssatzung.

§ 5 Abs. 3 „Verhalten auf dem Friedhof“ wird wie folgt geändert:

Buchstabe d) wird gestrichen. Die bisherigen Buchstaben e) bis i) werden Buchstabe d) bis h). Es wird ein neuer Buchstabe i) mit folgendem Inhalt angefügt:

- i) Gewerbsmäßig zu fotografieren, es sei denn,
 - aa) ein entsprechender Auftrag eines Nutzungsberechtigten liegt vor oder
 - bb) die Friedhofsverwaltung hat zugestimmt. Für dasungsverfahren gilt § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 entsprechend."

§ 6 „Ausführen gewerblicher Arbeiten“ erhält folgende Fassung:

(1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige mit der Gestaltung und Instandhaltung von Grabstätten befasste Gewerbetreibende bedürfen für Tätigkeiten auf dem Friedhof, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen, der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung, die gleichzeitig den Umfang der Tätigkeiten festlegt. Auf das Verwaltungsverfahren finden die Bestimmungen über die Genehmigungsfiktion nach § 42a des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) mit der Maßgabe Anwendung, dass die Frist nach § 42a Abs. 2 Satz 1 VwVfG vier Wochen beträgt. Das Verfahren kann über einen einheitlichen Ansprechpartner im Sinne des § 1 Abs. 1 des Landesgesetzes über die einheitlichen Ansprechpartner in Verwaltungsangelegenheiten vom 27.10.2009, GVBl. S. 355 abgewickelt werden.

(2) Zugelassen werden nur solche Gewerbetreibende, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind.

(3) Zugelassene Gewerbetreibende erhalten eine Berechtigungskarte. Diese ist dem Friedhofspersonal vom Gewerbetreibenden oder seinen Mitarbeitern auf Verlangen vorzuzeigen.

(4) Die Zulassung kann entzogen werden, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 nicht mehr vorliegen und die Gewerbetreibenden trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung gegen die Bestimmungen der Friedhofssatzung verstoßen.

Die Änderungen sollen rückwirkend zum 27. Dezember 2009 in Kraft treten. Eine Änderungssatzung ist beigefügt.

Beschluss: Die beiliegende Änderungssatzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

8. Nachwahl zu folgenden Ausschüssen

Herr Helmut Burkhart ist verstorben, dadurch wird die Nachwahl zu folgenden Ausschüssen erforderlich.

a) Haupt- und Finanzausschuss

Herr Helmut Burkhart war Stellvertreter von Herrn Thomas Weis in dem Ausschuss.

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wird Herr Hans-Werner Schäfer als Nachfolger gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

b) Forst- und Umweltausschuss

Herr Helmut Burkhart war Stellvertreter von Herrn Siegfried Meyer in dem Ausschuss.

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wird Herr Manfred Schary als Nachfolger gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkung:

Gemäß § 36 Abs. 3 Nr. 1 ruhte das Stimmrecht der Vorsitzenden.

9. Wahl der Mitglieder für den Ausschuss Jugend und Familie

In der Sitzung des Gemeinderates vom 12.11.2009 wurde die Änderung der Hauptsatzung beschlossen, demnach ist ein Ausschuss für Jugend und Familie mit 7 Mitgliedern, davon mindestens 4 Ratsmitglieder noch zu wählen.

Die Sitzverteilung errechnet sich entsprechend dem Kommunalwahlergebnis wie folgt:

7 Mitglieder:

FWG	4 Sitze
CDU	3 Sitze

Die Vorsitzende stellte den Antrag offen über die Wahl abzustimmen.
Der Gemeinderat stimmte dieser Vorgehensweise zu.

Folgender Wahlvorschlag wurde vorgetragen:

Mitglied	Stellvertreter
Heiko Kustes (Ratsmitglied)	Monice Schenk (Ratsmitglied)
Rolf Riede (Ratsmitglied)	Andreas Draxl (Ratsmitglied)
Manfred Schary (Ratsmitglied)	Peter Buchmann (Ratsmitglied)
Hans Werner Schäfer (Ratsmitglied)	Stefan Greiner (Ratsmitglied)
Robert Prommersberger (Bürger)	Bernd Zwally (Bürger)
Matthias Andres (Bürger)	Helmut Frank (Bürger)
Wolfgang Schweitzer (Bürger)	Patrick Klein (Bürger)

Der Gemeinderat stimmte dem Wahlvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Anmerkung:

Gemäß § 36 Abs. 3 Nr. 1 ruhte das Stimmrecht der Vorsitzenden.

10. Teilnahme am Wettbewerb „Familienfreundliche Gemeinden im Landkreis Südwestpfalz“

Im Lokalen Bündnis für Familie stellt sich der Landkreis gemeinsam mit zahlreichen Institutionen, Verbänden und Kommunen der Aufgabe, den Landkreis Südwestpfalz nachhaltig familienfreundlich zu gestalten. Dabei kommt den Gemeinden und Städten eine ganz wichtige Rolle zu. Ihre Attraktivität für Familien und als Wirtschaftsstandort wird wesentlich bestimmt durch familienfreundliche lokale Strukturen und ein positives Familienklima. Um dies zu fördern, wird nun im Rahmen des Lokalen Bündnisses für Familie der neue Wettbewerb „Familienfreundliche Gemeinde im Landkreis Südwestpfalz“ ausgelobt.

Der Wettbewerb soll zur Fortentwicklung einer familienfreundlichen Gestaltung des Lebensumfeldes auf kommunaler Ebene beitragen, um dadurch den Landkreis Südwestpfalz langfristig zu einer besonders familienfreundlichen Region zu machen. Familien – ob jung oder alt – sollen sich hier wohl fühlen, gerne hierher ziehen und auch bleiben.

Herr Landrat Duppré würde sich freuen, wenn möglichst viele Ortsgemeinden am Wettbewerb teilnehmen würden. Der Bewerbungszeitraum beginnt sofort und endet am 05. Juli 2010.

Der Gemeinderat beschloss die Teilnahme am o. g. Wettbewerb. Eine weitere Beratung findet im neu gewählten Ausschuss Jugend und Familie statt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

11. Verschiedenes

a) Bahnübergang bei der Ortsstraße „In den Birken“

Die Albtal- Verkehrsgesellschaft mbH (AVG) in Karlsruhe hat bei ihrer turnusgemäßen Bereisung der Bahnstrecke am Bahnübergang der Ortsstraße „In den Birken“ angeregt, die passive Sicherheit durch Nachrüstung einer sog. Bü-Akustik (Gong, Wecker) zu erhöhen. Dabei sollen die Straßenverkehrsteilnehmer nicht nur optisch durch rotes Blinklicht gewarnt werden, sondern auch einen akustischen Hinweis auf sich nähernden Zugfahrten erhalten.

Die Verwaltung wird beauftragt der AVG mitzuteilen, dass keine Bedenken bestehen. Die unmittelbar betroffenen Anlieger sollen direkt von der AVG um ihre Zustimmung gebeten werden.

b) Umbau Grundschule Hinterweidenthal

Der CDU- Fraktionsvorsitzende Schary stellte hierzu folgende Anfrage:

Die Dacheindeckung der Grundschule und Turnhalle befindet sich in einem desolaten Zustand. Nach Meinung der CDU-Fraktion wäre ein Antrag auf weitere Bezuschussung hinsichtlich der Dachsanierung und Photovoltaikanlage nicht nur sinnvoll, sondern würde auch die finanzielle Belastung der Gesamtmaßnahme „Umbau der Grundschule“ in der Zukunft deutlich reduzieren. Die CDU-Fraktion unterstützt daher einen Antrag auf weitere Bezuschussung und stellt daher den Antrag, dem schon tätigen Ing.-Büro ER & R Kaiserslautern den Auftrag zu erteilen, eine Kostenermittlung für das o.g. Objekt zu erstellen und einen weiteren Zuschussantrag zu stellen.

Die Vorsitzende erklärte, dass bereits für das Konjunkturpaket II die Sanierung des Turnhallendaches beantragt wurde, jedoch Bürgermeister Lauth der Dachsanierung der Grundschule Hauenstein den Vorzug gab. Das Dach der Grundschule sei nach Aussage der Planer noch einige Jahre funktionsfähig, für eine Photovoltaikanlage jedoch im jetzigen Zustand nicht geeignet. Die Kostenermittlung für die Sanierung der Dächer sei bereits in die Wege geleitet, damit eine Berechnung erfolgen kann. Der Gemeinderat entscheidet dann über die weitere Vorgehensweise.

c) Beseitigung von Bäumen am Anwesen Karl Schmitt, Hauptstraße 27

Ratsmitglied Schary informierte, dass ihn Herr Karl Schmitt um Beseitigung der Bäume auf dem gemeindeeigen Grundstück neben seinem Wohnhaus bat. Sie stellen ein Sicherheitsrisiko dar. Die Vorsitzende teilte dazu mit, dass Herr Schmitt bei der Ehrung an seinem Geburtstag, an dem die Verbandsgemeinde durch den Beigeordneten Schary vertreten war, beide angesprochen hätte, sie aber schon einige Tage vorher den Sachverhalt gesehen und sofort an Förster Axel Werner weitergegeben habe.

d) Wendeplatz im Handschuhteich

Ratsmitglied Schary teilte mit, dass der Wendeplatz „Im Handschuhteich“, in der Nähe des Anwesens Fam. Willi Schmitt sich in einem stark desolaten Zustand befindet. Die CDU-Fraktion beantragt, dass sich der Gemeinderat der Angelegenheit annimmt. Ortsbürgermeisterin Schenk erklärte, dass die Gemeindemitarbeiter informiert sind und bei Wetterbesserung die Ausbesserung getätigt wird.

e) Parksituation an der Einmündung an der Straße „In den Birken/ Heufelsen“

Ortsbeigeordneter Disque hat eine Überprüfung der Parksituation an der Einmündung „In den Birken/Heufelsen“ angeregt. Beim Anwesen Zell besteht ein Parkverbot. Auf der gegenüberliegenden Seite werden Autos geparkt, dadurch sei die Fahrbahn zu eng. Es wird um eine Stellungnahme seitens der Verwaltung bis zur nächsten Sitzung gebeten.

12. Verabschiedung der ausgeschiedenen Ratsmitglieder

Zur Sitzung haben die ausgeschiedenen Ratsmitglieder Günter Meyer (2004-2009; 1979-1984), Helmut Fischer (1989-2009), Willi Vogel (2004-2009), Udo Schenk (2006-2009) und Karl Herrgen (2004-2009; 1994-1999) eine gesonderte Einladung erhalten.

Herr Helmut Fischer war dieser Einladung gefolgt und wurde von der Vorsitzenden mit einem Präsent verabschiedet. Die Ortsbürgermeisterin bedankte sich bei Herrn Fischer für die ehrenamtliche Tätigkeit in den vergangenen 20 Jahren. Den übrigen Ratsmitglieder wird ihr Präsent nachgereicht.

Anschließend fand ein Umtrunk statt.

Für die Richtigkeit der Niederschrift:

Die Vorsitzende:

Barbara Schenk
Ortsbürgermeisterin

Die Schriftführerin:

Petra Ernst
Verwaltungsfachwirtin